



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

08.06.04

Kinderarmut in Dortmund / Sparpolitik und Bürgerhaushalt

Presseerklärung

1. Kinderarmut in Dortmund

Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der Kinder, die von Sozialhilfe leben müssen, verdreifacht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben die Problematik schon zu Beginn der Wahlperiode aufgegriffen, die unter anderem in der Armutsberichterstattung dokumentiert wird. Konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut sind nicht in die Wege geleitet worden. Die Fortschreibung der Armutsberichterstattung stagniert.

Mittlerweile hat die Kinderarmut die Schulen erreicht. Im Zuge der Einführung von Ganztagsbetreuung an Grundschulen ist deutlich geworden, dass längst nicht alle Kinder am warmen Mittagessen teilhaben, weil Eltern nicht imstande sind, den Beitrag zu bezahlen. Vielfach kommen Kinder auch ohne Frühstück und ohne Schulbrot in die Klassen.

Es ist bekannt, dass Kinder in Armut sich nicht nur ausgeschlossen und unglücklich fühlen. Sie sind zudem häufig fehl ernährt und leiden in der Folge unter Krankheiten. Von daher ist die Grundschule ein wichtiger Ort für die Kompensation der Folgen von Armut.

Wir vertreten die Auffassung, dass für das Mittagessen eine Regelung gefunden werden muss, die für alle Schulen gilt und nicht auf individuelles Engagement von Lehrern, Schulleitung und Eltern angewiesen ist. Eine unserer wesentlichen Anforderungen an die Ganztagsbetreuung war in Anlehnung an die Standards in den Kindertagesstätten neben der verlässlichen Betreuungszeit immer auch die Mittagsverpflegung.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Der Gesetzgeber sieht vor, dass für die Mittagsverpflegung ein Beitrag erhoben werden kann. Wir meinen, dass die Inanspruchnahme des Mittagessens – analog zur Essenteilnahme in Kitas – verpflichtend sein sollte. Wir werden die Verwaltung auffordern, hierzu Vorschläge zu entwickeln und den Fachausschüssen zur Entscheidung vorzulegen. Wichtig ist dabei auch, dass die finanzielle Abwicklung nicht über die jeweilige Schule sondern über die Stadt erfolgt.

Spenden und das Engagement in den Schulen selbst sollten für ergänzende Angebote wie die Bereitstellung von Lebensmitteln für ein ergänzendes Frühstück, Obst etc. genutzt werden, sofern es erkennbaren Bedarf gibt. Dass die Situation an Schulen sehr unterschiedlich ist, könnte ein Teil von Spenden auch über einen Spendenpool verteilt werden.

Über diese konkrete Problemlösung hinaus werden wir darauf drängen, dass die Ursachen für Kinderarmut bekämpft werden. Im wesentlichen auf unsere Initiative hin gab es bereits im Jahr 2001 einen mit der SPD verabschiedeten Antrag zur Verbesserung der Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche. In diesem Antrag wurde unter anderem formuliert, dass es neue Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation armer und ausgegrenzter Kinder und Jugendlicher geben muss und dass die Fallzahlen der unter 18-Jährigen Kinder und Jugendlichen, die mit ihren Eltern oder selbst von Sozialhilfebezug leben, bis zum Jahr 2004 mit der Perspektive einer Halbierung deutlich zu senken. Abgesehen von einer Berücksichtigung der Problematik als Bestandteil der familienpolitischen Leitlinie, sind weder konkrete Maßnahmen durchgeführt noch die ins Auge gefassten Ziele erreicht worden.

Für unsere Fraktion bleibt das Thema auf der politischen Tagesordnung weit oben. Wir werden darauf hinarbeiten, dass die Befassung mit der Kinderarmut nicht nur dort stattfindet, wo die Erscheinungsformen unübersehbar sind, sondern da, wo Ausgrenzung und Diskriminierung ursächlich verhindert werden kann.

2. Bürgerhaushalt:

Der Haushalt stellt die finanzielle Grundlage der Aufgabenwahrnehmung in der Kommune dar und ist von daher eine besonders geeigneter Ausgangspunkt für den Dialog mit der betroffenen Bürgerschaft. Bürgerhaushalt heißt: Die BürgerInnen sollen bei der Entscheidung über den Kommunalhaushalt eingreifen und mitgestalten.

In NRW hat sich die Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Bertelsmannstiftung entschieden, einen Modellversuch durchzuführen, um das neue Instrumentarium zu testen, wobei der Bürgerhaushalt kein Verfahren der direkten Demokratie, sondern ein Konsultationsverfahren ist. Die BürgerInnen entscheiden nicht direkt über den Haushalt, sondern geben Anregungen, Vorschläge und Ideen im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens.

Bausteine des Bürgerhaushaltes sind



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

- Information im Sinne bürgerfreundlicher Aufbereitung von Haushaltsdaten,
- Konsultation und Anhörung der Öffentlichkeit, um eine annähernd repräsentative Beteiligung der gesamten Bürgerschaft zu gewährleisten und
- die sogenannte Rechenschaft.

Letzterer Baustein ist von besonderer Bedeutung, da die Politik verpflichtet ist zu erläutern, welche Vorschläge sie übernommen und welche sie abgelehnt hat.

Mit diesem Verfahren ist in jedem Fall eine weit höhere Transparenz bei der Aufstellung des Haushaltes gewährleistet als bisher.

Die Landesregierung attestiert, dass der Bürgerhaushalt auch für große und finanzschwache Kommunen ein geeignetes Instrument ist, wobei das Instrumentarium der Beteiligung gegebenenfalls angepasst werden müsste.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden bei der Aufstellung des neuen Haushaltes beantragen, dass Dortmund einen Bürgerhaushalt realisiert. Wir sind der Auffassung, dass es gerade in Zeiten knapper Mittel notwendig ist, Transparenz herzustellen, aber auch über die Beteiligung der BürgerInnen zur einer Prioritätensetzung im Bereich der freiwilligen Ausgaben zu gelangen, die zunehmend auf dem Prüfstand stehen. Leitbild soll dabei immer die nachhaltige Kommunalentwicklung im Sinne eines gemeinsamen Prozesses zur Selbstentwicklung des Gemeinwesens sein. Die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes sehen wir als Bestandteil des lokalen Agendaprozesses, den die Stadt Dortmund bereits aktiv begleitet. Umfragen in den Modellstädten belegen, dass die BürgerInnen mit dem neuen Instrument Bürgerhaushalt zufrieden sind und eine Fortsetzung wünschen. Von daher sollte nunmehr auch eine Großstadt wie Dortmund nachziehen und eigene Erfahrungen sammeln.